

# Weniger Flüchtlinge erreichen Lüneburg

Landkreis nimmt im Februar knapp 250 Menschen auf – Hannover reduziert wöchentliche Zuweisung

ml/Ini **Lüneburg.** Wegen der stark rückläufigen Flüchtlingszahlen müssen die Kommunen in Niedersachsen in den kommenden Wochen zunächst deutlich weniger Asylsuchende aufnehmen. Auch im Landkreis Lüneburg hat die Zahl der vom Land zugewiesenen Flüchtlinge zuletzt deutlich abgenommen. Nach Angaben von Kreissprecherin Elena Bartels mussten im Dezember 2015 noch 502 Personen untergebracht werden, während die Zahl im Januar 2016 auf 251 und im Februar auf 249 sank. Im März erreichten den Kreis bislang 136 Asylsuchende.

Deshalb will das Land statt der bislang geplanten bis zu 3500 Flüchtlinge pro Woche (14000 im Monat) vorerst nur noch maximal 1500 Menschen (6000) zur Unterbringung auf die Städte, Gemeinden und Kreise im Land verteilen. Dies teilte gestern das Innenministerium in Hannover mit. „Wir können diesen Schritt machen und die Kommunen dadurch spürbar entlasten, weil die Zugangszahlen derzeit im Verhältnis gering sind und das Land mit dem massiven Ausbau der eigenen Unterbringungs Kapazitäten einen soliden Puffer für die Weiterverteilung aufbauen

konnte“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD). Die Kommunen erhielten dadurch auch eine Planungssicherheit für den Fall, dass die Flüchtlingszugänge wieder ansteigen. Ein möglicher Anstieg sei in der neuen Kalkulation bereits mit eingerechnet.

Darüber hinaus soll Ende März auch die seit Mitte Oktober geltende Amtshilfe, die Verpflichtung der Kommunen zur Erstaufnahme von Flüchtlingen, auslaufen. Die Amtshilfe war zunächst auf vier Wochen angelegt gewesen, wegen des hohen Bedarfs aber mehrfach verlängert worden.

Im Landkreis Lüneburg leben laut Kreissprecherin Bartels derzeit etwa 950 anerkannte und anerkannte Flüchtlinge. Davon sind 2511 Asylbewerber, von denen 947 in der Stadt Lüneburg untergebracht sind, der Rest in den Kommunen im Kreisgebiet. Hinzu kommen rund 870 Personen, die in den Notunterkünften des Landes im Olympischen Dorf in der Theodor-Körner-Kaserne und im Bürodorf in Sumte sowie im Zuge der Amtshilfe im ehemaligen Krankenhaus in Scharnebeck eine erste Zuflucht gefunden haben. Auch 130 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wer-

den im Landkreis Lüneburg versorgt und betreut. Zudem erhalten derzeit etwa 950 anerkannte Flüchtlinge Leistungen vom Jobcenter.

Asylsuchende, die nach Niedersachsen kommen, werden zunächst in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes untergebracht. Dort werden sie registriert, medizinisch untersucht und anschließend auf die Kommunen verteilt. Dort warten Asylsuchende dann auf den Ausgang ihrer Asylverfahren beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die hohe Anzahl von Asylsuchenden, die

insbesondere seit dem Herbst des vergangenen Jahres nach Niedersachsen kommen, hatte dazu geführt, dass auch deutlich mehr Menschen verteilt werden mussten.

„Uns war von Anfang an besonders wichtig, die Weiterleitung der Flüchtlinge an die Kommunen möglichst so zu gestalten, dass es zu keinem Unterbringungsnotstand vor Ort kommt. Alle Flüchtlinge haben ein winterfestes Dach über dem Kopf bekommen“, so Minister Pistorius. „Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kommunen für die tatkräftige Unterstützung“, so Pistorius.

## Rassismus – ein Problem der Erwachsenen

Kinder präsentieren in der Innenstadt Plakate mit Botschaften für eine tolerante Gesellschaft

kg **Lüneburg.** Schriftzüge und Namen, daneben Zeichnungen von Menschen verschiedener Nationalitäten, die sich an den Händen fassen, zieren die lange Papierrolle. Kaum haben die Schüler der Berufsbildenden Schulen II (BBS) ihr Kunstwerk auf dem Pflaster des Marktplatzes ausgebreitet, stürzten sich die Kinder der Kindertagesstätte Wigwam mit Stiften darauf und fügten eigene Bilder hinzu. So kommt es innerhalb weniger Minuten zum Austausch zwischen den Jugendlichen der BBS und den jüngsten Teilnehmern des „Papierrollenevents“. An der Aktion im Rahmen der „Lüneburger Wochen gegen Rassismus“ nahmen am Donnerstag Mitglieder von insgesamt acht Lüneburger Bildungseinrichtungen teil, die ihre Gedanken, Wünsche und Hoffnungen für eine tolerante Gesellschaft auf langen Papierbahnen festhielten und in der Lüneburger Innenstadt auslegten.

„Mit dem Event wollten wir ein Format schaffen, das Schüler dazu bewegt, sich im Klassenverbund mit dem Thema Antirassismus zu beschäftigen“, erklärt Matthias Skorning von der Evangelischen Familien-Bildungsstätte, die die Aktion gemeinsam mit der Herder-



Emil, Jorah und Jamie (v.l.) von der Kindertagesstätte Wigwam verzieren mit Betreuerin Theres Hausenblas die Spruchbänder auf dem Marktplatz. Foto: kg

schule, der Arbeiterwohlfahrt, dem Verein Alltagskultur und dem Lüneburger Netzwerk gegen Rechts ins Leben gerufen hat. „Die große Überschrift der Plakate ist: Wir gehören alle

zusammen“, beschreibt Skorning die Ergebnisse. „Sie sind mit sehr viel Herzblut und Engagement erstellt worden und vermitteln, welche Botschaften die Teilnehmenden in die Ge-

sellschaft senden wollen.“

Das verstehen schon die Kleinsten, auch wenn sie das Überthema des Tages noch nicht mit dem Begriff „Rassismus“ betiteln. „Wir haben uns

dem Thema so genähert, dass sich die Kinder zunächst mit der eigenen Identität auseinandergesetzt haben. Im zweiten Schritt haben sie dann das Fremde kennengelernt“, berichtet Theres Hausenblas von der Kindertagesstätte Wigwam. Kinder anderer Nationalitäten gehören in der Einrichtung zum Alltag. „Wir haben dabei schnell gemerkt, dass es für die Kinder eine absurde Vorstellung ist, vor jemandem Angst zu haben, nur weil er anders ist.“

Das bestätigt auch Tanja Staats, die mit ihrer zweiten Klasse von der Heiligengeist-schule mehrere Plakate auf dem Marktplatz ausgebreitet hat. „In meiner Klasse haben 50 Prozent der Schüler Migrationswurzeln, und wir nehmen jeden Tag die Unterschiede wahr“, berichtet die Lehrerin. „Früher hat man eher vermieden, darüber zu sprechen, heute begrüßen wir jeden Tag die Andersartigkeiten. Rassismus ist ein Problem der Erwachsenen, nicht unserer Kinder.“ Zur Abschlussveranstaltung der „Lüneburger Wochen gegen Rassismus“ am Montag, 21. März 2016, um 16 Uhr im Glockenhaus werden alle Plakate noch einmal präsentiert.

Ein Video von der Aktion sehen Sie auf [www.LZplay.de](http://www.LZplay.de)

## Schlussakkord im Glockenhaus

lz **Lüneburg.** Zum Ende der „Lüneburger Wochen gegen Rassismus“ am Montag, 21. März, präsentieren die Akteure von 16 bis 18 Uhr Ergebnisse ihrer Arbeiten. Auf dem Programm stehen unter anderem Mitmach-Angebote wie Malen für Kinder mit dem Verein Krass, zudem singt Sylvia Lawaty. Ab 18 Uhr geht es weiter mit dem Rahmenprogramm, moderiert von Noman Mehmood von einer muslimischen Gemeinde. Zu Wort kommen Oberbürgermeister Ulrich Mädge und Vertreter des Stadtjugendrings. Auch Tanz und Musik soll es geben mit Janice Harrigton und Projectango.

## JU überzeugt mit Anträgen

lz **Lüneburg.** Die Junge Union aus dem Kreis Lüneburg wurde beim Niedersachsentag der JU für die beste Einzelaktion ausgezeichnet: für den Lehrstellenatlas 2016. „Das ist eine Bestätigung unserer mehrmonatigen Arbeit. Der Lehrstellenatlas ist ein Angebot von jungen Menschen für junge Menschen und wird auch als solches wertgeschätzt“, freut sich der Lüneburger Kreisvorsitzende Steffen Gärtner, der zugleich auch Bürgermeister der Gemeinde Südergellersen ist. Der Niedersachsentag der Jungen Union, diesmal in Vechta, ist eine alljährliche Zusammenkunft der Kreisverbände.

Überzeugt haben die Lüneburger auch mit Anträgen: Eine Kernforderung war die Wählbarkeit hauptamtlicher Bürgermeister in die Kommunalvertretungen und Regionsversammlungen. „Unserer Meinung nach dürfte nämlich niemand eine Stadt oder Gemeinde besser vertreten können als der Bürgermeister“, begründet der Lüneburger Kreisvorsitzende Gärtner den in Vechta angenommenen Antrag.

Dieser Antrag fügt sich nach Gärtners Meinung in die Gesamtbeschlusslage des Niedersachsentages ein. Denn geht es nach der JU Niedersachsen, soll die Amtszeit der Landräte und hauptamtlichen Bürgermeister wieder von fünf auf acht Jahre verlängert werden. Der Landtag hatte die Verkürzung erst 2013 beschlossen. Wenn immerzu Wahlkampf sei, leide die Qualität der Kommunalparlamente.

Ein weiterer Antrag aus Lüneburg zielt auf die Abschaffung der GEZ ab. Anstatt die öffentlich-rechtlichen Sender über Pflichtbeiträge zu finanzieren, sollen sie künftig aus Steuermitteln finanziert werden.

## Wenn die Tür zu bleibt

Du kommst hier nicht rein: Diskussion über „rassistische Türpolitik“ von Clubs und Diskotheken

lkö **Lüneburg.** „Ich will mit meinen Freunden feiern gehen. Aber wie soll das gehen, wenn sie in den Club reinkommen und ich nicht?“, fragt Joel. Der Sozialarbeiter ist schwarz – und das scheint ein ausreichender Grund zu sein, um ihm den Zutritt zu einer Diskothek zu verweigern. An diesem Abend spricht er auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Lüneburger Wochen gegen Rassismus zum Thema „Rassistische Türpolitik“. Ruben Castro von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland moderiert den Abend.

Birte Weiß ist Antidiskriminierungsberaterin bei Basis und Woge. Sie blickt ins Publikum und stellt fest: „Wir sind hier ein sehr weißer Raum, die meisten Anwesenden haben keine rassistischen Erfahrungen gemacht. Deshalb müssen wir zuhören, wenn Menschen wie Joel davon erzählen.“ Meistens trauten sich Diskriminierungsopfer nicht, darüber zu sprechen, sie schämten sich

dafür, abgewiesen zu werden. Birte Weiß und Joel, der seinen Nachnamen aus Sorge vor Anfeindungen nicht in der Zeitung lesen will, haben 2012 einen Test gemacht. Drei Gruppen von jeweils drei schwarzen, drei arabisch-aussehenden und drei deutsch-aussehenden Männern sind nacheinander in verschiedene Clubs in Hamburg gegangen. Die Deutschen seien immer reingekommen, die anderen nicht. Nach elf Clubs hätten sie das Experiment aufgrund der psychischen Belastung der Teilnehmer abbrechen müssen. Sie sind überzeugt: Es sind keine Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem, auch in Lüneburg.

Michael Waschk, der als Türsteher arbeitet, stellt klar: „Natürlich behandle ich nicht jeden gleich. Dazu stehe ich schließlich an der Tür. Manche Läden haben einen Dresscode. Jackett, keine Turnschuhe oder so etwas. Ich muss auch schauen, dass die Leute nicht aggressiv oder zu betrunken sind.“ Es

gehe da um das Bauchgefühl, das entscheidet.

„Nicht jeder Türsteher ist gleich ein Rassist. Das Problem ist, dass Menschen, die anders aussehen, ohne konkrete Hinweise nach Hause geschickt werden. Oder es werden irgendwelche Ausreden erfunden wie ‚Deine Kleidung passt nicht‘ oder ‚Es ist zu voll‘“, erklärt Joel. Zwar hat sich die rechtliche Lage durch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz geändert, doch in der Praxis? Axel Bornbusch, Betreiber des Salon Menschen, gibt zu bedenken: „Das Gesetz ist nicht die Lösung. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und da helfen nur mehr Dialog oder Veranstaltungen wie diese.“

Türsteher Michael Waschk versucht zu erklären, warum viele Kollegen so handeln: „Den Türsteher gibt es nicht. Es gibt zwar eine Ausbildung, aber rassistische Türpolitik ist da nicht Thema. Und viele haben diese Ausbildung nicht. Die werden da einfach hingestellt

und von Kollegen oder Betreibern instruiert. Die Frage, die oft dahinter steht, ist: ‚Wie viele Ausländer verträglich ein Laden?‘“

Diese Frage steht sinnbildlich für das Problem. Ein Türsteher aus dem Publikum spricht von einer „gesunden Mischung von Ethnien“, die er für seine Chefs herstellen solle, damit das Publikum gut feiern könne.

Was kann man also tun, um eine Diskriminierung an der Tür zu verhindern? Das Anti-

diskriminierungsbüro hat einen Fünf-Punkte-Plan für einen diskriminierungsfreien Einlass verfasst. Weiß nennt Ansatzpunkte: „Dazu gehört, dass Clubs ein Schild aufstellen, auf dem die Rechte der Feiernenden benannt sind und die Kriterien, nach denen das Sicherheitspersonal auswählt. Des Weiteren sollte es ein geregeltes Verfahren bei Beschwerden geben und Schulungen für das Personal sowie eine Hausordnung.“



Türsteher Michael Waschk (v.l.), Moderator Ruben Castro von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, Clubbetreiber Axel Bornbusch, Antidiskriminierungsberaterin Birte Weiß und Sozialarbeiter Joel diskutieren im Glockenhaus zum Thema rassistische Türpolitik. Foto: lkö